



sgv  usam



Medienkonferenz vom 7. Oktober 2022

«Wohlstand sichern – Wirtschaft als Teil der Lösung»

Christoph Mäder
Präsident economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir stecken mittendrin in einer Inflation, die Lieferengpässe halten an, viele Fachkräfte fehlen uns, die Energie droht uns auszugehen und die Kosten türmen sich auf. Das macht auch den Firmen grosse Sorgen. Für die Wirtschaft und ich glaube mit ihr, für das Gros der Bevölkerung, ist es selbstverständlich, dass wir diese Probleme ernst nehmen und nach wirksamen Lösungen suchen. Niemand braucht jetzt Utopien. Für konstruktive Lösungen sind auch wir als Wirtschaft gefordert.

Unternehmerinnen und Unternehmer sind es sich gewohnt, Probleme zu lösen. Zum Beispiel bei der Energieversorgung: Jedes dritte Unternehmen kämpft derzeit mit Problemen bei der Energiebeschaffung. Sie versuchen, das Worst-Case-Szenario abzuwenden und ergreifen selber Massnahmen – etwa durch eine Steigerung der Energieeffizienz und durch mehr Flexibilität in den Prozessen.

So sind drei von fünf Firmen daran, ihre Abläufe zu optimieren. Rund ein Drittel will investieren – in mehr Effizienz und erneuerbare Energiequellen. Weil aber gerade Investitionen eine langfristige Angelegenheit sind, braucht es hier Klarheit von der Politik.

Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, die an guten Lösungen interessiert sind. Und ja, hier sind Fakten wichtig. Sie können nicht bei allen Firmen den Strom für ein paar Stunden abschalten, ohne massive Schäden zu verursachen. Pauschale Kontingente haben nicht für alle Firmen die gleichen Konsequenzen: Bei einigen Firmen funktioniert das problemlos, bei anderen vernichten sie damit eine ganze Produktion und verursachen immense Kosten.

Oder dann ist ein Weiterbetrieb vielleicht gar nicht mehr möglich, weil sie aus Sicherheitsgründen nicht mehr einfach zum courant normal zurückgehen können. Hier geht es nicht um eine Vorzugsbehandlung, wie einzelne Medien suggerierten. Hier geht es darum, Mehrkosten in Millionenhöhe zu vermeiden.

Eine ausreichende Energieversorgung ist auch für die Informatikbranche absolut vital. Da muss die Politik vorausdenken, damit unsere IT-Unternehmen handlungsfähig bleiben. Investitionsentscheide von Unternehmen fallen häufig etwa 24 Monate im Voraus. Deshalb ist es so wichtig, dass wir immer wieder rasch und pragmatisch gute Lösungen finden. Eine solche gute Lösung ist zum Beispiel das alpine Solarprojekt für das Winterstromproblem. Wir finden aber keine Lösung, ohne die Fakten zu kennen.

Auch die Wählerinnen und Wähler sollen bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst 2023 einen Entscheid in Kenntnis der Faktenlage treffen können. Das heisst besonders auch der wirtschaftlichen Fakten. Diese Fakten wollen wir mit der vorliegenden Kampagne bereitstellen.

Schlagworte oder Wunschdenken bringen uns nicht weiter. Die Schweiz braucht tragfähige Lösungen und Perspektiven. Das ist auch der Grund, warum sich die vier Dachverbände der Wirtschaft zusammengefunden haben. Es kann nicht sein, dass sich einzelne Parteien von



sgv  usam



der konstruktiven Problemlösung verabschieden und nur noch eine hinderliche Blockadepolitik betreiben. Wirtschaftlicher Krebsgang ist keine Lösung. Wir müssen vielmehr auf Innovationen, neue Technologien und Investitionen setzen. Bei diesen Themen hat die Wirtschaft immer eine entscheidende Rolle gespielt.

Deshalb ist es für uns wichtig, dass wir wirtschaftspolitischen Anliegen eine Stimme geben. Genau das wollen wir mit dieser Kampagne erreichen und damit die Wahrnehmung und das Verständnis für Wirtschaftsthemen stärken. Das soll auch helfen, wieder klare Prioritäten zu setzen. Die Wirtschaft soll Teil der Lösung sein.

Selbst bei gutem Verlauf stehen wir mit dem aktuellen Forderungskatalog der Politik vor einem Defizit. Der Staat kann sich nicht alles leisten. Es verwundert nicht, dass im Vorfeld der Wahlen die Begehrlichkeiten und Wunschlisten zunehmen. Gerade dann gilt es aber, Mass zu halten und mit kühlem Kopf zu handeln.

Wenn wir allen Forderungen nachgeben und jedes Begehren erfüllen, laufen wir sehenden Auges in ein finanzielles Desaster. Dann werden den kommenden Generationen massive Schulden aufgebürdet. Das wird kein gutes Ende nehmen.

Damit es nicht so weit kommt, müssen die wirtschaftsfreundlichen und konstruktiven Kräfte in der Politik wieder spürbarer werden. Ihre Botschaften müssen wieder stärker in die öffentlichen Debatten einfließen. Die Wirtschaft und ihre berechtigten Anliegen wieder besser wahrgenommen werden: Das wollen wir mit dieser Kampagne erreichen.

Bern, 7. Oktober 2022